

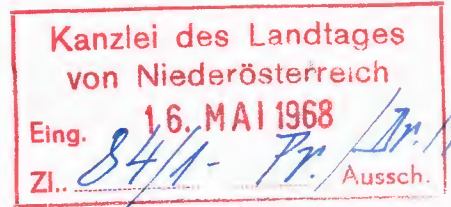


REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

Zl. 92.289-2c/68

Gesetzesbeschluß des nieder-
österreichischen Landtages
vom 21. März 1968, mit dem das
Wiener Neustädter Stadtrecht
neuerlich abgeändert wird (Wie-
ner Neustädter Stadtrechts-No-
velle 1968)

zu Zl. 84 ex 1968
vom 21. 3. 1968



An den

Herrn Landeshauptmann von Niederösterreich,

W i e n

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am 14.5.1968
beschlossen, der Kundmachung des Gesetzesbeschlusses des
niederösterreichischen Landtages vom 21.3.68, mit dem das
Wiener Neustädter Stadtrecht neuerlich abgeändert wird
(Wiener Neustädter Stadtrechts-Novelle 1968), gemäß Art.98
Abs.3 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929
zuzustimmen.

Der Gesetzesbeschluß gibt jedoch zu folgenden Bemerkungen
Anlaß:

Zu Art.I Z.10a: Diese Regelung (§ 25 Abs.4) sieht keine
Lösung für den Fall vor, daß mehr als die Hälfte der Mitglie-
der (Ersatzmitglieder) des Kontrollausschusses befangen ist.

Zu Art.II: Das hier vorgesehene rückwirkende Inkrafttre-
ten einer Bestimmung mit 1.11.1966 muß in rechtspolitischer
Hinsicht als sehr problematisch bezeichnet werden.

15.Mai 1968

Für den Bundeskanzler:
i.V.DRAXLER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

~~Am 16. Mai 1968~~
~~Am der n. ö. Landesregierung~~

~~Einlaufstelle~~

~~16. MAI 1968~~

Landtagsskrl

~~Beerb.~~

~~Beilagen:
Stempel~~

./.